Die politischen reden des fürsten Bismarck

Otto Bismarck (Fürst von)





Die politischen Reden

des

Fürsten Bismarck.

Historisch-kritische Gesammtausgabe

besorgt von

Horst Kohl.

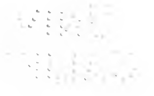
Vierzehnter Band. Nachträge und Gesammtregister.



Stuttgart und Berlin 1905.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung

Nachfolger.



Nachträge

und

Gesammtregister

zu den

politischen Reden des Fürsten Bismarck.

Besorgt von

Horst Kohl.

Mit einer Facsimile-Beilage.



Stuttgart und Berlin 1905.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung
Nachfolger.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Inhalt.

I.

Nachträge
zu den politischen Reden Bismarcks.

1.

Entwurf
zu der Aeußerung Bismarcks vom 17. Mai 1847.

(Bd. I 9.)

Von dieser Stelle sowohl als überall, wo seit Jahren unsre 17. 5. 1847. Verfassungsfrage debattirt wurde, hat sich eine Ansicht hören lassen, gegen die ich für die Ehrenhaftigkeit unsres Volkes Verwahrung einlegen muß. Es ist die, welche die Erhebung von 13 als einen lediglich dem Landesherrn geleisteten Dienst betrachtet, für den das Volk Gegenleistungen erwartet habe und zu fordern berechtigt sei. England exspects 2c.[1]) Es heißt wahrlich schlechte Begriffe von unserm nationalen Ehrgefühl verbreiten, wenn man ausspricht, daß alle Mißhandlung und Beschimpfung, die der Einzelne und die Gesammtheit während der Fremdherrschaft erlitten, daß allein die Schmach, den Fremdling am eignen Herd befehlen zu sehn, nicht hingereicht hätte, jedes preußische (deutsche) Blut auch ohne Rücksicht auf die Liebe zum Landesherrn in Wallung zu bringen. Man spricht sich jedes Ehrgefühl ab, wenn man daraus, daß man sich gegen Schläge, die man selbst empfängt, zur Wehr setzt, Verdienste gegen Dritte ableiten will, als hätte man sich nur deshalb gewehrt. Das nenne ich aus der Noth eine Tugend machen. Denen, die jene Ereignisse für sich ausbeuten wollen, ist die Wahrheit zu einfach, sie wollen uns glauben machen, als hätte jeder Deutsche damals gegen die Franzosen gefochten, um sich ein verclausulirtes Recht gegen seinen Landesherrn zu erkämpfen oder als hätte er aus leidiger Lohn erwartender Gefälligkeit für den König gekämpft, um ihm nachher zu sagen: hier haben wir Eurer Majestät Land wieder erobert, aber was geben Sie uns dafür? Wer in dem Sinn zu Felde zog, wem die eigne und des Landes Schmach nicht hinreichte, sein Leben einzusetzen, der verdiente den Vorzug nicht.

[1]) England exspects that every man will do his duty, Nelsons Tagesbefehl in der Schlacht bei Trafalgar.

2.

Entwurf zu einer Rede Bismarcks über die Vergütung von Wildschaden.

Das im Folgenden mitgetheilte Fragment einer Rede fand ich bei der Durchsicht älterer Schönhausener Papiere. Es stammt, wie die Bezugnahme auf eine Debatte vom 17. Mai 1847 (s. Reden I 9) ergibt, aus der Zeit des Vereinigten Landtags. In den öffentlichen Sitzungen hat Herr v. Bismarck eine Rede über Vergütung von Wildschaden nicht gehalten; nicht unmöglich aber wäre es, daß er sich in der Commission über den Gegenstand geäußert hätte. Den Gedankengang der beabsichtigten Aeußerung lernen wir aus der Niederschrift kennen:

? ? 1847. Die heutige Gesetzgebung über die Vergütung von Wildschaden leidet an Mängeln, deren Abhilfe nicht dringend genug empfohlen werden kann. Der Grundsatz ist anerkannt; aber seiner Ausführung stellen sich in der Praxis oft unübersteigliche Hindernisse entgegen, die theils in der Schwerfälligkeit der Formen begründet sind, an welche die Ermittelung und Liquidation geknüpft ist, theils in der Einwirkung, welche den Forstbeamten auf das Verfahren gestattet wird. Privatjagdbesitzer sind in der Regel, besonders wenn sie ihre Jagd selbst ausüben, billiger, während der Forstfiscus hier, wie das überhaupt eine bedauerliche Eigenthümlichkeit dieser Behörde bei uns ist, fest an dem unerbittlichen Buchstaben des Rechtes hält. Ich trete daher auf das Entschiedenste dem zweiten Antrage der Abtheilung dahin bei, daß [die][1]) Liquidation erleichtert und den Forstbeamten nur die Einwirkung darauf gestattet werde, wie sie einer Partei als solcher zukommt.

Ein andrer Antrag ist der auf Ablösbarkeit der Jagden; dabei handelt es sich um Expropriation wohlerworbener Rechte wider den Willen des Berechtigten, ein Weg, der, wenn man ihn determinirt einschlägt, sehr weit führen kann, indem man mir mein Grundstück gegen Taxe abnehmen kann. Communismus, der privatives Eigenthum nicht mehr anerkennt, sondern es nach Staatsrücksichten vertheilt. Es gibt Werthe, die in Geld nicht ausgedrückt werden. Mühle von Sanssouci für ihren Besitzer — Paradepferd. Die

[1]) Die in [ ] gesetzten Worte sind vom Herausgeber ergänzt.

Jagd hat für Viele ähnlichen unschätzbaren Werth, [es gibt] Verpachtungen für 500 Thaler, wo nicht für 50 Thaler Wild geschossen wird. Wer ersetzt dem Verpächter diese Einnahmen, wenn die Jagd aufhört, und wenn ihm nur der Wildwerth entschädigt wird, so ist sein Gut um so viel schlechter. Wenn die Gerechtigkeit nicht anders hergestellt werden könnte als durch Expropriation, so glaube ich, daß die Classe unsrer Mitbürger, welcher sie meist angehören, vor dem Opfer nicht zurückschrecken würde, denn es sind durchschnittlich dieselben, die, wenn ich einer mir in diesem Saale gewordenen Belehrung glauben darf, 1813 aus dem uneigennützigen Enthusiasmus über die Abschaffung ihrer eignen Vorrechte durch die Steinsche Gesetzgebung von 1810 zu Felde zogen. Da aber der Zweck der Expropriation, die Klaglosstellung der Beschädigten, durch Vergütung des Wildschadens zu erreichen ist, so glaube ich, man muß diesen Weg versuchen, und zwar aufrichtiger als bisher versuchen, ehe man zu dem gewaltsamen Mittel der Expropriation schreitet. Würden die Jagden abgelöst, so sind zwei Alternativen denkbar; 1) rheinische Beraubung des Einzelnen, jetzt Berechtigten zu Gunsten der Gemeinde; 2) Frankreich: Todesurtheil der Jagd, Nordfrankreich; selten, daß die Erscheinung eines Hasen die Bevölkerung in Aufregung setzt, kaum Wachteln und Kaninchen. Kein Wild, kein Jäger, viel Wölfe, trotzdem charte vérité. Deutschland [ist] von diesem constitutionellen Institut der Wölfe durch die feudale Jägerei längst frei. Schwächung der Nationalproduction.

? ? 1847.

Auf einem besondern Blatte finden sich folgende Stichworte verzeichnet:

Heutige Gesetzgebung — Grundsatz anerkannt. — Ausführung erschwert. — Einwirkung der Förster — privative billig, „fiscus“ unerbittlicher Buchstabe. Antrag auf Erleichterung, Försterei, Parthei. Expropriation führt weit, wenn nicht vorsichtiger Gebrauch, Taxe für Haus meiner Väter — Communismus privatives Eigenthum. Unschätzbare Werthe — Sanssouci — Manchen von uns Aufenthalt verleidet, wenn unnöthiger Weise in Privatrechte eingegriffen wird. Verpachtung zu 500—50.

Wenn die Gerechtigkeit nicht anders hergestellt werden könnte — 1813, aber Zweck der Expropriation, Klaglosstellung — Wild-

? ? 1847. schäden erkennbar, taxirbar, wenn man nur ernstlich[er] will als bisher, zeigt sich am Rhein, man kann es versuchen, ehe man zur Beraubung schreitet. Folgen der Expropriation: 1. Rheinisch, Gemeinde; 2. Französisch: Todesurtheil. Wölfe. Nationalproduction. Deutsche Küche.

3.

Instruction zur Rede Bismarcks vom 1. Juni 1847.

(Bd. I 11 ff.)

1. 6. 1847. Für die am 30. Mai 1847 beginnende Debatte über verschiedene Anträge auf Abänderung der ständischen Gesetzgebung erbat sich Herr v. Bismarck, der als Redner der Rechten am 1. Juni auftrat, Instruction von dem Generalmajor Leopold v. Gerlach und empfing sie in folgendem, handschriftlich von mir unter alten Papieren aufgefundenen Schriftstück:

Ich würde in der vorliegenden wichtigen Sache meine Vota etwa wie folgt abgeben:

1) Soll Se. Majestät um eine Abänderung oder Modificirung der Edicte vom 3. Februar überhaupt gebeten werden?

Nein! Es ist zu früh, es fehlt an Erfahrung, selbst die wirklich vorhandenen Mängel abzuändern. Se. Majestät haben väterlich vor schneller Neuerung gewarnt und schon in der Antwort auf die Adresse die Bereitwilligkeit zu zweckmäßiger Modification gezeigt, die in dem nächsten Landtage passender als jetzt vorgenommen werden könne; der Rechtspunkt ist sehr zweifelhaft, und soviel steht fest, daß eine buchstäbliche Erfüllung des Edicts von 1820, Mitgarantie der Darlehen und Rechnungsvorlage, weniger reelle Betheiligung bei den Finanzen einräumt als die Edicte vom 3. Februar. Durch das Recht der willkührlichen Steuererhebung kann jedesmahl die Verpflichtung, die Mitgarantie und Bewilligung einer Anleihe einzufordern, umgangen werden; denn die Anleihe ist im Vergleich mit der Steuer, z. B. einer Vermögenssteuer, wie sie 1809 erhoben wurde, eine Erleichterung.

Vor allen Dingen ist es illoyal, Se. Majestät mit diesen Bitten zu drängen.

2) Periodicität.

Ist höchstens Sr. Majestät anheimzugeben. Auch hierin ist Se. Majestät durch die Antwort auf die Adresse den Ständen entgegengekommen durch die Verheißung, innerhalb vier Jahre den Landtag wieder zu versammeln.

Eine kürzere Periode von zwei oder ein Jahr ist kostbar (= kostspielig), für die Stände lästig, wodurch eine große Anzahl der besten Abgeordneten, große Grundeigenthümer, Fabrikanten, Geschäftsmänner, besonders Landräthe genöthigt werden, sich vom Landtage zurückzuziehen, besonders aber für die Verwaltung störend, die in einer beständigen Agitation gehalten wird und in die Unmöglichkeit geräth, die so wichtigen currenten Geschäfte mit der nöthigen Sorgsamkeit und Festigkeit zu betreiben.

3) Sind die Ausschüsse mit der früheren Gesetzgebung vereinbar?

Warum nicht? In vielen Ländern, Mecklenburg, selbst in unserm Lande (Brandenburg, Pommern die Landstube) existiren ständische Ausschüsse mit einer selbständigen Gewalt. Ob dieselben zweckmäßig, wünschenswerth, ist eine andre Frage. Zunächst sind die Vereinigten Ausschüsse durch die Antwort auf die Adresse ajournirt. Jedenfalls ist der nächste Landtag mehr als der jetzige geeignet, über die Zweckmäßigkeit und Stellung der Ausschüsse zu verhandeln.

Eventualiter: Se. Majestät zu bitten, den § 2 (in allen Verordnungen über die Bildung der Allgemeinen Ausschüsse): die verfassungsmäßige Wirksamkeit der Provinzialstände, wie solche durch den Art. III des Gesetzes vom 5. Juni 1823 vorgeschrieben ist, erleidet durch den Ausschuß keine Beeinträchtigung, auf den Vereinigten Landtag anzuwenden [§ 9, 3 (2)].

4) Die Staatsschulden-Deputation

ist nach der Erklärung des Landtagscommissarius (p. 17 des Gutachtens) ganz unverfänglich. Daß diese Erklärung von Sr. Majestät bestätigt werde, mag ganz zweckmäßig sein. Der Streit über die Anleihen im Fall eines Krieges ist m. E. unpraktisch. Bei dem Beginn eines Krieges werden selten Anleihen gemacht. Man gibt Bons, Quittungen, Anweisungen, Anticipationen 2c. Die Zeit der Anleihen zur Regulirung der verwirrten Finanzen ist nach dem Kriege, was die preußische Finanzgeschichte beweist.

5) Authentische Declarationen

über § 4 des Edicts vom 3. Februar über die Bildung des Vereinigten Landtags, § 9 Domainen und Regalien mögen gut sein. Auch ist Se. Majestät, wie es nach den Erklärungen des Landtags-Commissarius scheint, dazu bereit.

6) Zuziehung zu allen Steuern.

Nein! Die Mitwirkung der Stände bei den indirecten Steuern, den Zöllen u. s. w. wird durch das unbeschränkte Petitionsrecht gesichert. Dies

1. 6. 1847. Recht kann sehr angemessen ausgeübt werden, so daß der Beirath der Stände vor jeder Zollkonferenz schon eingeholt worden ist.

Das Pochen auf die Rechte der alten Stände in den einzelnen Herrschaften, aus denen die preußischen Lande zusammengesetzt sind, hat keinen Sinn. Diese Stände hatten einen andern Ursprung und ein andres Verhältniß als die jetzigen. — Durch das Edict von 1823 ist eine Novation eingetreten, und die alten Rechte sind aufgegeben. Kein altes ständisches Corpus hat gegen die damals zusammentretenden Provinzialstände protestirt, obschon mehre noch ganz organisirt waren, z. B. die Niederlausitz, Schwedisch-Pommern, Ostpreußen u. s. w. Die Stände des Herzogthums Sachsen waren unterm 8. Dezember 1817 eigen anerkannt. Die Aristokraten, denen immer Schuld gegeben wird de n'avoir rien appris et rien oublié, waren hier mehr auf Seite des Fortschritts als die liberale Seite des Vereinigten Landtags, welche[1]) den Rechtsboden stets in den Gesetzen von 1815 und 1820, in den Besitzergreifungspatenten u. s. w. suchen und vergessen, daß er entweder tiefer liegt, 1653, 1663, oder daß die Gesetzgebung seit 1823 als die Vermittlung der organisirenden, erobernden, centralisirenden Zeit von 1807 bis 1820 anerkannt werden muß. — Gehen diese Herren bis in das XVII. Jahrhundert zurück, so müssen sie damit beginnen, den Landtag so aristokratisch zu machen, als er damals gewesen sein würde. Ein Grund aber, die Geschichte mit 1815 zu beginnen, liegt nicht vor. Der einzige verständige Weg ist der, den das Gouvernement seit 1823 betreten, der der Vermittlung der ältern Zeit mit der neuen. — Wenn man dieses Princip angreift, indem man einseitig auf 1815 und 1820 pocht, zerstört man den Rechtsboden, auf dem das Land seit dem Kriege zur Blüthe und zu einer festen politischen Freiheit gekommen ist.[2])

4.

Entwurf zur Rede Bismarcks vom 2. April 1848.

(Bd. I 45 f.)

2. 4. 1848. Ich kann nicht sagen, daß mir die jüngsten Ereignisse erwünscht gekommen wären, und wenn ich es sagte, würde man mir nicht glauben. Ich scheide von der Vergangenheit, wie von einem Verstorbenen, den ich aufrichtig geliebt habe; in Trauer, aber ohne

[1]) Aus „Liberale Seite" ist als Beziehungswort für das Relativpronomen die „Liberalen" zu entnehmen.

[2]) Vergl. dazu L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 119 f.

die Hoffnung, daß ich ihn erwecken könnte, nachdem [der] K[önig] 2. 4. 1848.
selbst die erste Erde auf seinen Sarg geworfen. Ich gehe der Zukunft entgegen, ich kann nicht sagen mit dem Vertrauen, daß sie besser sein werde, aber doch mit dem innigen Wunsche für mein Vaterland, daß unter der neuen Ordnung der Dinge die Thränen seltner und die frohen Gesichter häufiger als unter der alten sein mögen: beweist mir der Erfolg, daß die[1]) neuen Grundsätze sichrer zum Heile des Vaterlandes führen als die alten, bringen sie uns auch nur wirklich die verheißne Einheit Deutschlands, dann will ich bekennen, daß das Alte Irrthum war, und den Begründern des Neuen danken. Einstweilen werden wir darüber alle einig sein, daß unsre neue Freiheit nur unter dem Schutze gesetzlicher Ordnung und innrer Eintracht gedeihen kann. Um die Mittel zu deren Herstellung aufzufinden mit dem offnen Auge der Wahrheit, [müssen wir das Geschehene][2]) ohne die vielfarbigen Brillen der Parthei-Ansichten zu betrachten suchen. Der König hat dem Lande große und neue Freiheiten verliehen; unmittelbar auf diese Verleihungen ist ein Kampf in den Straßen der Hauptstadt gefolgt, über dessen Nothwendigkeit von der einen wie der andern Seite jeder seine Ansicht haben kann; als materielle Folgen dieses Kampfes sind bisher keine Bürgschaften für Freiheit und Recht zu Tage getreten, die nicht schon vor demselben bestanden hätten; wohl aber hat uns dieser Kampf mehre wesentliche Elemente der Uneinigkeit im Innern hinterlassen. Das erste und vielleicht für die Zukunft gefährlichste ist die Mißstimmung, welche bei einem, vielleicht weniger zahl- als einflußreichen Theil der Bevölkerung gegen den gesetzlichen Thronfolger herrscht. Es liegt weder in meinem Berufe noch in der Schicklichkeit, auf eine Erörterung des Benehmens S. K. H. einzugehn, und zu untersuchen, wie geschickt und thätig eine Preußen feindliche Parthei in der Aussaat von Mißtrauen und Zwietracht zwischen dem Volke und dem Thronfolger gewesen ist; aber ungerecht ist die öffentliche Meinung, wenn sie einen Diener und Unterthan der Krone, mag er auch noch so hochgestellt sein, für die damals unbeschränkten Handlungen der Krone verantwortlich

[1]) Original: der.
[2]) Ergänzung des Herausgebers.

2. 4. 1848. machen will (und gefährlich ist es, wenn das Gouvernement selbst solche Mißverständnisse nicht aufzuklären und auszugleichen sucht).[1] Wenn es Gott gefallen sollte, S. M. vom Throne abzuberufen, so ist bei der Schnelligkeit der heutigen Ereignisse jeder Gefahr die Thür geöffnet, wenn der rechtmäßige Thronfolger in weiter Ferne, und die Mißstimmungen und Zweifel in Bezug auf ihn bis dahin unausgeglichen bleiben. Ich fordre daher die Versammlung auf, das Begehren zu stellen, daß S. K. H. nach Preußen zurückkehre.

Ein zweites Element der Zwietracht liegt in dem unbesänftigten Groll vieler Glieder des Heeres, über die ihren Cameraden gewordne Behandlung. Eine Truppe, welche durch Eid und Gesetz an die Befolgung der Befehle des Königs gebunden war, hat nicht nur mit heldenmüthiger Hingebung ihre Pflicht erfüllt, sondern sie hat einen in der militärischen Geschichte unerhörten Sieg der Disciplin gefeiert, als sie aus der Hitze des erbitterten Kampfes abberufen, sich unbesiegt, aber durch den Befehl des Königs wehrlos gemacht, zurückzog und in Reih und Glied, die Waffen in der Hand, den Zorn im Herzen, die schmachvollsten Beschimpfungen durch Wort und That ertrug, ohne in dem militärischen Gehorsam einen Augenblick zu wanken. Der Lohn dieser beispiellosen Hingebung an das Gesetz war Verläumdung und Schmähung Seitens der Gegner, Kälte und Verlegenheit Seitens der Machthaber, für die sie gefochten. Die Vertreter der Krone hatten beredte Worte, die Tapferkeit des Volkes zu loben; die treue Pflichterfüllung der Truppen anzuerkennen, fehlte dazu der Muth oder der Wille? Wird aber Krieg, dann soll der Soldat wieder mit Begeisterung auf den Feind stürzen (für die, welche ihn schlecht behandelt haben).[2] M. H., auch ich bin Soldat, wie viele von uns, und jeder Augenblick kann uns in Reih und Glied rufen. Wenn ich aber soll für König und Vaterland meine Haut zu Markte tragen, und nach redlicher Pflichterfüllung von der Regirung desselben Königs, für den ich glaube gefochten zu haben, bei Seite geworfen werde und hören muß, daß eigentlich meine Gegner für König und Recht standen, so wird es mir nicht möglich sein, meine Ueberzeugung mit der nöthigen Schnelligkeit zu wechseln, um stets von gleicher

[1]) und [2]) Die eingeklammerten Worte sind gestrichen.

Begeisterung für meine Pflichten erfüllt zu sein. Hier ist eine Ehrenschuld rückständig, und wenn sich das Gouvernement nicht kräftig genug fühlt, die Wahrheit sagen zu dürfen, so ist es an uns, den gesetzlichen Vertretern des Landes, und besonders wende ich mich an die H[erren] von den Landgemeinden, welche diejenigen Familien repräsentiren, aus denen die meisten dieser Krieger hervorgegangen sind, mit der Aufforderung, daß wir, zur Herstellung unsrer Einigkeit, gemeinschaftlich S. M. bitten, das Benehmen der Truppen am 18. und 19. offner und unumwundner als bisher geschehen, anzuerkennen, und so den Weg zu vollständiger Versöhnung anzubahnen. 2. 4. 1848.

Auf einem Blatte findet sich ein Entwurf in kürzerer Fassung, der aber nicht abgeschlossen ist, er lautet:

Ich erkläre mich gegen die A[dresse], weil ich in die Worte des Dankes und der Freude, welche sie enthält, nicht einstimmen kann. Ob das Geschenk des K[önigs], für welches Sie danken wollen, ein dankenswerthes sei, kann nur die Zukunft lehren. Einstweilen sehe ich nur, daß die Vergangenheit begraben ist und keine menschliche Macht sie erwecken kann, nachdem die Krone selbst die Erde auf den Sarg geworfen hat. Ich sehe nur, daß das Gebäude zertrümmert ist, welches Jahrhunderte des Ruhms und der Vaterlandsliebe errichtet haben, welches von Grund auf mit dem Blute unsrer Väter gekittet war. Unsern tapfern Truppen ist für die Hingebung, mit der sie kämpften, für die Disciplin ohne Gleichen, mit welcher sie, unbesiegt, aber durch höhern Befehl wehrlos gemacht, die Schmach des Rückzugs trugen, statt mit offner Anerkennung, Seitens der Machthaber mit Kälte, Verlegenheit, ja mit Hohn gedankt worden. Den Verläumdungen . . . (Schluß fehlt.)

5.

Entwurf zur Rede Bismarcks vom 10. April 1848.

(Bd. I 53 ff.)

Wenn auch nach dem formellen Recht der V. L. noch dieselbe Competenz wie früher hat, so glaube ich doch, daß, nachdem die 10. 4. 1848.

10. 4. 1848. wesentlichsten Grundlagen einer neuen, den Landtag beseitigenden Verfassung bereits Gesetzeskraft erhalten haben, der richtige Weg zur Erledigung des vorliegenden Gegenstandes der gewesen wäre, in der Versammlung, welche aus der Volkswahl hervorgehn soll, eine wirksamere Stütze der Maßregeln des Gouvernements zu suchen, als wir unter jetzigen Verhältnissen darbieten können. Für den kurzen Zeitraum, welcher nöthig wäre, um die neue Volksvertretung in Wirksamkeit zu setzen, kann ich mich nicht überzeugen, daß ein so großes Bedürfniß als das geforderte vorhanden ist, mit Hinzunahme der Bestände des Schatzes 8½ Mill., und bedaure, daß man dem Landtage zumuthet, in dem Augenblick, wo er in das Meer der Vergessenheit gestürzt werden soll, sich mit dem Mühlstein einer Bewilligung von 40 Mill. zu belasten, nachdem der Staatsschatz von 19 Mill. in den Wellen der Zeit mit untergegangen. Will aber die Majorität der Versammlung auf eine Bewilligung eingehn, so hätten wir uns zuerst klar zu machen, in welchem Maße das Bedürfniß vorhanden ist; wegen der Kürze der Zeit haben uns keine so umfassende Vorlagen gemacht werden können, daß wir aus eigner Ueberzeugung davon urtheilen könnten, ich bedaure, daß uns aber auch die allgemeinen Aufschlüsse nicht geworden sind, welche die Zeit gestattete. So glaube ich doch, daß Zeit genug gewesen wäre, um wenigstens eine Andeutung darüber zu geben, nach welchem Maßstabe das, was im Wege freiwilliger Anleihe nicht beschafft werden kann, von den Steuerpflichtigen aufgebracht werden soll. Das ist nicht geschehn, es wird vielmehr verlangt, daß wir uns und das Land in dieser Beziehung einer unbedingten dictatorischen Gewalt des Gouvernements unterwerfen. Mag der Landtag auch befugt sein, Steuern, auf Grund eines bestimmten Gesetzentwurfs, der das Bedürfniß, die Art des Aufbringens und die beabsichtigte Verwendung nachweist, zu bewilligen: so halte ich ihn doch nimmermehr berechtigt, diese seine Befugniß in unbestimmter und allgemeiner Art auf das Ministerium zu übertragen und das Land in Bezug auf Steuerveranlagung rechtlos zu machen. Es wäre dies ein Act größern Vertrauens, als [der] Landtag in irgend jemand zu setzen berechtigt ist. Ich muß um so mehr gegen solches Verfahren protestiren, als ich nach den letzten Acten unsrer Finanzverwaltung fürchte, daß das leitende

System der Finanzen unser Vaterland durch die Brille des Liberalismus betrachtet, nicht aber mit dem offnen Auge des Staatsmanns, dessen Blick alle Interessen mit gleicher Unpartheilichkeit erfaßt; ich befürchte deshalb, daß die neuen Belastungen mit überwiegendem Druck auf das platte Land und die kleinen Städte gewälzt, die Vortheile der Verwendung aber vorzugsweise der Industrie und dem Geldverkehr der großen Städte zu Gute kommen werden. Den Meisten von uns war es gewiß unerwartet, in einer Zeit, wo die außerordentlichsten Maßregeln vorgeschlagen werden, um den vermehrten Geldbedürfnissen zu begegnen, ohne weitre Berathung ein Gesetz unmittelbar aus den ministeriellen Büreaus [vorgelegt zu sehn],[1]) welches den größeren Städten 1/3 der Mahlsteuer erläßt, einer Steuer, die grade bei den jetzigen wohlfeilen Preisen weniger drückend ist als in den letzten Jahren, und deren Druck überhaupt mehr in der Theorie empfunden wurde; Zudrang der arbeitenden Classen, an denen es auf dem Lande vielfach fehlt; wäre sie so drückend, daß selbst jetzt Abhilfe werden müßte, nun so mußte man sie durchweg aufheben, nicht den Städten überlassen, sie beizubehalten, und ihnen dann zu ihrem Armenfond u. s. w. 1/3 schenken, wer trägt die Kosten dieses Geschenks? das platte Land und die kleinen Städte, denn Mehrbesteuerung der Reichen liefert nach aller Erfahrung so viel nicht. Diese Maßregel und die Verwendungen der letzten Zeit . . . (Schluß fehlt.)

10. 4. 1848.

6.

Entwurf zur Rede Bismarcks vom 15. April 1850.

(Bd. I 235 ff.)

15. 4. 1850.

Ich halte es mit mehren[2]) der Herrn Vorredner für ungewiß, ob durch eine unbedingte Annahme der Verfassung durch das hiesige Parlament dieselbe ohne weiteres in Wirksamkeit tritt und zum — beispielsweise — Nassauischen oder Oldenburgischen Landesgesetz

[1]) Ergänzung des Herausgebers.
[2]) Bismarck schrieb immer nur „mehren", nie „mehreren".

15. 4. 1850. werden würde, vielmehr scheinen dazu noch Handlungen der Specialregirungen vorhergehn zu müssen, deren Herbeiführung von uns nicht abhängt. Den verehrten Abgeordneten,[1]) dem gestern[2]) von der Rede seines Vorgängers[3]) so zu Muthe wurde, wie dem Schüler im Faust, als ginge ihm ein Mühlrad ꝛc., muß ich darauf aufmerksam machen, daß die landrechtlichen Lehren über Verträge zwar vollkommen maßgebend sein mögen für einen auf einem preußischen Markte zu schließenden Ochsenhandel, aber nicht für völkerrechtliche Verhandlungen, nicht für das Staatsrecht außerpreußischer Staaten, nicht für den Fall, wo mehr als zwei Contrahenten concurriren. Ich weiß nicht, ob sich die Kammern aller betheiligten Staaten mit derselben Resignation gebunden und verpflichtet haben, wie die preußischen, das Resultat unsrer Beschlüsse ohne Prüfung und Widerspruchsrecht für verbindlich anzuerkennen, ich glaube es nicht, und Kammermajoritäten haben mitunter eine große Lenksamkeit, wenn sie von oben her mit Geschick geleitet werden, und die Regirungen werden das auch wissen. Aber ganz abgesehn von den Kammern, würde der vorliegende Entwurf zu seiner Rechtsgültigkeit in jedem Staate die Sanction des Landesherrn bedürfen, und wenn auch ein inzwischen in irgend einem der betheiligten Staaten eingetretener Ministerwechsel auf die Gültigkeit abgeschlossener Staatsverträge ohne Einfluß bleibt, so ist es doch mehr als fraglich, ob in Bezug auf einen von dem abgetretenen Ministerium, wenn auch in Gemeinschaft mit andern Regirungen und auf Grund von Verträgen vorgelegten bloßen Entwurf das neue Ministerium die Verpflichtung haben würde, die Verantwortung für die Ausführung eines solchen Gesetzentwurfs zu übernehmen. Aus welchem Grunde überhaupt die Annahme unsrerseits die Dauer der von den Regirungen eingegangenen Verpflichtungen auch nur um eine Stunde verlängern sollte, ist aus dem Wortlaute nicht ersichtlich, vielmehr läßt sich behaupten, daß, wenn die Regirungen nicht erstens unsrem Annahmebeschlusse die landesherrliche Sanction geben und zweitens unsren Anträgen auf Verlängerung der ursprünglich

[1]) Abg. Frhr. v. Vincke, vgl. Bd. I 231, Anm. 1.

[2]) Am 12. April; Bismarck schrieb also den Entwurf für seine am 15. April gehaltne Rede am 13. April nieder.

[3]) Des Abg. Stahl.

für ein Jahr giltigen Verabredung auf unbestimmte Zeit beitreten, 15. 4. 1850.
dann demnach nach Ablauf des Jahres ohne Rücksicht auf den Entwurf nur die allgemeine Verpflichtung der Regirungen unter einander stehn bleibt, eine Verfassung nach Maßgabe des Entwurfs zu Stande zu bringen. Wenn der Abgeordnete für Bekkum, ich will sagen Bokum (lies Bochum),[1]) hier aus preußischen Staatsschriften des jetzigen Ministeriums das Entgegengesetzte zu beweisen sucht, so überrascht mich das, da ich mich der Zeit erinnere, wo dieser Abgeordnete auf die Beweiskraft ministerieller Declarationen nicht viel gab.[2])

Gegen diese Gründe läßt sich viel sagen, und ich mache sie nicht überall zu den meinigen, aber wenn man einmal von der Ansicht ausgeht, daß es unter den betheiligten Regirungen solche gibt, die nur nach Vorwänden suchen, den angeblich eingegangnen Verpflichtungen zu entkommen, so werden denen, die neben dem Willen aus eignen oder fremden Mitteln die Macht fühlen, ihre Politik von der des 26. Mai zu lösen, die Gründe so wohlfeil sein wie Brombeeren, und nach Bestreitung der Competenz des sogenannten Reichsgerichts wird die ultima ratio regum das einzige Rechtsmittel zur Prüfung solcher Gründe sein. Wenn es in solchem Falle auch zu unsrer innern Befriedigung beitragen könnte, daß wir nach unsrer Meinung doch eigentlich Recht haben, so haben wir deshalb noch keine deutsche Einheit zu Stande gebracht, denn was soll in der Zwischenzeit aus dieser werden, wenn wir mit [dem Abgeordneten für] Krefeld[3]) Jahrhunderte warten wollen, um unsre durch den Bundesstaat zu erwerbenden Rechte geltend zu machen? Ich dachte, es hätte Eile. Wir müssen daher m. E. die Sache anders angreifen; anstatt hier spitzfindig zu deduciren und den Thatsachen und den Cabinetten wie Archimedes zuzurufen: noli turbare circulos meos, und wie jener Syrakuser Professor[4]) in solchen theoretischen Abstractionen ums Leben zu kommen: sollten wir lieber im Wege der Revision das Mögliche von dem Unmög-

---

[1]) Frhr. v. Vincke.
[2]) 1847, s. Bd. I 11 ff.
[3]) v. Beckerath.
[4]) So nennt Bismarck den Syrakusaner Archimedes in der Rede vom 17. April 1850, s. Bd. I 244.

15. 4. 1850. lichen zu sondern und auf Grund des Erstern eine Vereinbarung zu gewinnen suchen, der sich doch keiner entziehen kann, dem und insoweit ihm der Anschluß ein Bedürfniß ist. Der Abgeordnete für Krefeld nimmt zwar an, der Bundesstaat werde seinen nationalen Charakter ändern, wenn er noch Theilnehmer einbüße; ich sollte meinen, wenn ihm schon einige 20 Millionen Deutsche fehlen, um vollständig national zu sein, so könnte der weitere Verlust von 1½ Millionen seinen Charakter nicht wesentlich ändern. Die andern sind ohne Krieg aber doch nicht zu haben, und soll einmal das Schwert in die Wage geworfen werden, so wird sein Gewicht durch einen Erfurter Majoritätsbeschluß nicht erheblich vermehrt werden.

Aus diesen Gründen halte ich die Voraussetzung, daß mit der Annahme der Verfassung in diesem Hause gewissermaßen der Schlagbaum gefallen, oder mit [dem Abgeordneten für] Krefeld zu reden, das „Band der deutschen Bruderliebe“ um die contrahirenden Staaten geschlungen sei[1]) und gar mit Inbegriff der beiden schon ausgetretenen Königreiche, deren Abgeordneten hier Plätze reservirt sind, für unrichtig und jedenfalls unpraktisch, und wir brauchen uns aus diesem Grunde nicht zu beeilen, uns die Revision zu verkümmern und Dinge in der Verfassung gut zu heißen, welche wir in unserm Gewissen verwerfen.

Aber wenn ich hierin Unrecht hätte, wenn der Verfassungsentwurf in seiner jetzigen Gestalt durch unsern Annahmebeschluß wirklich zu einer für uns und die Regirungen für immer giltigen Verfassung gemacht würde, so würde der hohe Rath der besonnensten aller Nationen m. E. gehandelt haben wie ein hitziger Fuchsjäger, der über eine Mauer in den Sumpf setzt, ohne angeben zu können, wie er oder sein Pferd wieder herauskommen werden.[2]) Ich habe nicht nöthig, diesen Sumpf zu beleuchten; daß in ihm Menschen nicht leben [können] auf die Dauer, verhehlen sich die wenigsten von Ihnen. Niemand verhehlt sich die Mängel dieser Verfassung, und wenn sie den Demokraten nicht revolutionär genug ist, so beweist das nur für die Unersättlichkeit der Demokratie.

---

[1]) S. Bd. I 231, Anm. 2.
[2]) S. Bd. I 236.

Der Herr Berichterstatter[1]) selbst hat sich in der ersten preußischen Kammer und auch namentlich in dem dort von ihm über die Sache erstatteten Bericht umfänglich darüber ausgesprochen und die Kammer darauf verwiesen, daß sie keinen Grund habe, die Interessen Preußens in der deutschen Verfassungsfrage vorsichtig zu überwachen, da dies die Aufgabe der preußischen Abgeordneten in Erfurt sein werde,[2]) ein Vertrauen, welches ich diese zu rechtfertigen bitte. Ich will mich deshalb nicht auf ein specielles Sündenregister dieser Verfassung einlassen und nicht untersuchen, inwieweit der fadenscheinige Rock einer französischen Juliconstitution auf den Leib deutscher Einheit passe, besonders wenn der ohnehin schwerfällige Mechanismus durch einen nach Majorität entscheidenden und der Heilkur der Auflösung nicht zugänglichen Körper in Gestalt des Fürstenraths vermehrt und außerdem durch vierzig oder fünfzig Kammern mit zusammen vielleicht mehren tausend Abgeordneten paralysirt wird.[3]) 15. 4. 1850.

Der Antrag, welcher die vermeintlichen Vortheile unbedingter Annahme mit den wirklichen einer Revision zu verbinden bemüht ist, ändert m. E. nichts in der Lage der Dinge; er ist nichts als eine verkappte Annahme en bloc. Denn wenn es wirklich Regirungen gibt, welche das Bündniß gelöst zu sehen wünschen, so werden solche, wenn sie die vielen andern ihnen zu Gebote stehenden Mittel verschmähen sollten, schon deshalb das gesammte Resultat der Revision verwerfen, damit Preußen selbst das Beharren bei dem Bündniß auf die Dauer unerträglich werde, und jede noch so kleine Regirung oder Kammer kann das Resultat unsrer Weisheit cassiren, wenn man ihr den Austritt nicht gestatten will. Wir haben dann unsre Zeit verloren und sind eben so weit, als wenn wir en bloc angenommen hätten. Ich setze daher beides völlig gleich, mit der alleinigen Ausnahme, daß uns dies Verfahren einen erfreulichen Ueberblick der Verbesserungen gewähren würde, welche die Versammlung erstrebt haben würde, wenn alle Regirungen sie adoptirt hätten. Kurz wir müssen auch in diesem Falle schließlich

[1]) Abgeordneter Camphausen.

[2]) S. Bd. I 235 f.

[3]) Vergl. Bd. I 235.

15. 4. 1850. auf die angeblichen Vortheile der Annahme oder auf die der Revision verzichten.

Diejenigen, welche zu letzterem bereit sind, schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß spätere Verbesserungen mit einer Majorität von zwei Dritteln die Fehler der Verfassung ausgleichen werden. Wer sich muthig in üble Lagen begibt, in der unbestimmten Hoffnung, daß sich edle Menschen finden werden, die ihn retten, ist noch nie für weise gehalten worden. Der verehrte Abgeordnete für Krefeld wappnet sich gegen üble Eventualitäten in diesem Fall mit „moralischem Vertrauen", wie er das nennt, mit diesem außerordentlichen Vertrauen zu dem Edelmuth der Menschen im Allgemeinen, welches ich schon so oft an ihm zu bewundern Gelegenheit gehabt habe. Mögen bittre Täuschungen desselben ihn niemals veranlassen, sich in dumpfer Muthlosigkeit in den „Schleier der Schwermuth" [1]) zu hüllen.

Ich kann mich dem Glauben nicht hingeben, daß namentlich die Bestimmungen, die ich als Preuße vorzugsweise schwer empfinde, Aussicht auf eine baldige Aenderung darbieten. Ich wüßte nicht, warum die übrigen Regirungen freiwillig in die Aufhebung ihrer überlegenen Berechtigungen im Staatenhause willigen sollten. Hat doch jeder Versuch, die bisherige ungerechte Zusammensetzung des Staatenhauses auch nur zu erörtern, im Verwaltungsrathe wie natürlich den entschiedensten Widerspruch gefunden. Wenn nun aber dem so ist, so würden Sie, meine Herren aus Preußen und namentlich aus dessen Stammländern, Ihren Wählern zu Hause sagen müssen,[2]) daß sie eingewilligt haben in die Mediatisirung unsres Königs in seinem eignen Lande, in seine Unterordnung unter den Willen derjenigen Kammern, welche in den aufrichtig constitutionellen Staaten unsrer Verbündeten die indirecte Disposition über die Stimmen im Staaten- wie im Fürstenhause haben werden; daß auf diese Weise bei der jetzigen Lage der Stimmen in dem Fürstenrathe, der Preußen wie die übrigen Bundesländer beherrschen wird, Baden genau so viel zu sagen hat wie unser König, daß die Staaten, welche augenblicklich die Stimmen 3, 4 und 5 im Fürsten-

---

[1]) S. Bd. I 245, Anm. 2. Rede Bismarcks vom 17. April 1850.

[2]) Vergl. für das Folgende Bd. I 236 f.

rathe besetzen,[1]) mit zusammen [etwas] über drei Millionen Einwohner, den König zu jeder Sanction und jedem Vorschlage wider seinen Willen zwingen können und Se. Majestät der Executor der Beschlüsse sein wird, die er selbst nicht gebilligt hat.[2]) 15. 4. 1850.

Sie werden Ihren Landsleuten sagen müssen, daß unsre Nachbarn in Zukunft uns regiren werden, daß der König die Herrschaft über uns in Zukunft mit vier andern gleichberechtigten Stimmen theilt, daß der König, der vor zwei Monaten die preußische Verfassung beschwor, nun eine neue beschwören soll, nach welcher ein Badener im Fürstenrath fünfzehn und im Staatenhause vier Preußen aufwiegt, daß es im Bundesstaate fünf Millionen politisch privilegirter und sechzehn Millionen Einwohner zweiter Classe gibt, und daß die letzteren die Preußen sind, und das in einer Zeit, wo Ihre Mandanten von dem Vorurtheil beherrscht sind, daß die Anstrengungen, die grade Preußen gemacht hat, sich aus dem Elend der Revolution aufzuraffen und seinem minder mächtigen Nachbar eine materielle und moralische Stütze zu werden, dem preußischen Volke besondre Ansprüche verliehen, zu einer Zeit, wo das preußische Heer noch stolz ist auf den ihm votirten Dank[3]) derjenigen, welche ein Jahr, ehe sie ihn votirten, die Ausführung des Steinschen Antrags[4]) als Bedingung ihres Eintritts in das Ministerium stellten. Ich würde den Muth nicht haben. Versuchen Sie es mit dieser Verfassung und Sie werden finden, daß der preußische Geist einem edlen Roß gleicht, welches . . .[5])

Es ist mir eine schmerzliche Erfahrung, diesen Verfassungs-

---

[1]) (3) Württemberg, Baden, beide Hohenzollern, (4) Sachsen, sächsische Herzogthümer, Reuß, Anhalt, Schwarzburg, (5) Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg, Holstein, Hansestädte.

[2]) Am Rande findet sich folgender Satz, dem in dem Text der Rede kein Platz anzuweisen ist: Der Abgeordnete für Krefeld gibt zu, die Würde der Execution erfordere, daß das Staatsoberhaupt niemals gezwungen werde, gegen seine ausgesprochnen Ueberzeugungen zu handeln, wenn er auch diese Würde im concreten Fall nicht hoch genug anschlägt, um das Uebel groß zu finden, wenn es in dem Bundesstaat dennoch vorkommt.

[3]) S. Bd. I 238, Anm. 1.

[4]) S. Bd. I 238, Anm. 2.

[5]) Zu ergänzen nach Bd. I 239: den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsammt seiner schwarz-roth-goldenen Zäumung auf den Sand setzt.

15. 4. 1850. entwurf von Preußen und nicht bloß von nominellen, sondern von wahren Preußen vertheidigt und einen preußischen General[1]) als vorzugsweisen Träger desselben zu sehn; es ist mir — wie es unzähligen meiner Landsleute sein würde, ein demüthigendes Gefühl gewesen, Vertreter von Fürsten, die ich in ihrem Rechtskreise ehre, die ich aber nicht als meine Landesherren erkenne, in obrigkeitlicher Eigenschaft mir gegenüber zu sehn und dann beim Eintritt in diesen Saal unsre Sitze mit jenen Farben geschmückt zu sehn, welche niemals die Farben des Deutschen Reiches, seit zwei Jahren aber die der Revolution waren, Farben, die in meiner Heimath außer den Demokraten nur der Soldat in schmerzlichem Gehorsam trägt.[2])

---

[1]) v. Radowitz.

[2]) Zum letzten Absatz s. Bd. I 238. — Ein Herr v. Hagen hatte an den Schlüsseln der für die preußischen Abgeordneten bestimmten Pulte schwarz-roth-goldene Bändchen angebracht, um sie auf die deutsche Aufgabe der Erfurter Versammlung hinzuweisen. Vor Beginn der Sitzung hatte der Abgeordnete v. Bismarck die ihm verhaßten Farben entfernt und die schwarz-roth-goldenen Bändchen durch schwarz-weiße ersetzt; vgl. Dr. v. Hagen, Eine Bismarckerinnerung, Greizer Zeitung 11. Sept. 1903 Nr. 210.

II.

Gesammtregister.

(Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen des II. Bandes weisen auf die zweite Auflage hin.)

A.

B.

[1]) Die englische Urkunde sagt wohl bound by honour, wenigstens findet sich dieser Ausdruck in einer englischen Depesche vom 8. Dec. 1860, Janssen-Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung 65.

C (vgl. K).

D.

E.

F.

G.

H.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

S.

T.

W.

Y.

Z.

III.

Berichtigungen und Ergänzungen.

Band I.

Seite 3 Zeile 9 von unten ergänze nach Adresse: gab.

Seite 4 Zeile 22 von unten lies: Verwirklichung der Verordnung statt des Gesetzes.

Seite 6 Zeile 26 ff. von oben: Herr von Bismarck trat am 11. Mai 1847 in den Landtag ein.

Seite 9. Zu der Aeußerung vgl. Brief Bismarcks an seine Gattin vom 18. 5. 1847 (S. 90): „Ich habe mich einigemal auf der Rednerbühne mit wenig Worten aventurirt, und erregte gestern einen unerhörten Sturm des Mißfallens, indem ich durch eine, nicht deutlich genug gefaßte Aeußerung über die Natur der Volksbewegung von 1813 die mißverstandne Eitelkeit vieler von der eignen Parthei verletzte und natürlich das ganze Halloh der Opposition gegen mich hatte. Die Erbitterung war groß, vielleicht gerade, weil ich die Wahrheit sagte, indem ich auf 1813 den Satz anwandte, daß Jemand (das preußische Volk), der von einem Andern (den Franzosen) so lange geprügelt wird, bis er sich wehrt, sich daraus kein Verdienst gegen einen Dritten (unsern König) machen kann. Man warf mir meine Jugend und was sonst noch alles vor."

Seite 13 Text Zeile 10 von unten: Die wörtliche Entlehnung einer Stelle aus Vinckes Rede, um mit den Worten des politischen Gegners die eigne Ansicht zu begründen, zog Herrn von Bismarck bei seinen politischen Freunden den Namen des „Vinckenfängers" zu, vgl. Bismarcks Brief an die Gattin vom 4. Juni 1847 (S. 98).

Seite 22 ff. Zu Bismarcks Rede gegen die Emancipation der Juden siehe die kurze Erwähnung im Briefe an die Gattin vom 15. Juni 1847 (S. 103): „Gestern langweilige Judendebatten, 25 Redner für Emancipation der Juden, die immer wieder dieselben sentimentalen Salbadereien vorbrachten; ... heut früh wieder Juden, ich eine lange Rede gegen die Emancipation gehalten, viel Bittres gesagt, gehe nicht mehr durch die Königsstraße des Abends, weil mich die Juden todtschlagen."

Seite 45: Die gegen den ursprünglichen Entwurf sehr verkürzte Fassung der Erklärung Bismarcks gegen die Adresse, insbesondere die Unterdrückung des auf die würdige Haltung der Truppen bezüglichen Passus beruhte auf einem Compromiß; vgl. Brief Bismarcks an die Gattin vom 2. April 1848 (S. 110): „Man hat gestern eine Adresse debattirt, aus der wir mit Mühe den Ruhm der Barrikadenkämpfer fern gehalten haben, dafür aber auch unsre Demonstration für die Truppen fallen lassen." — — „Ich habe in wenig Worten meinen Protest gegen den Dank und Freude ausgesprochen, die man dem Könige votirte, ohne daß Feindseligkeiten laut wurden." — Brief vom 3. April (S. 111): „Beurtheile die wenigen Worte, die ich gestern gesprochen habe, nicht nach dem, was in der Berliner Zeitung steht. Ich werde sehen, daß ich Dir ein Exemplar der Rede mitbringe, die weiter keine Bedeutung hat, als daß ich nicht unter der Kategorie einiger feiler Bürokraten begriffen werden wollte, die ihren Mantel mit verächtlicher Schamlosigkeit nach dem Winde drehten; der Eindruck davon war jämmerlich, während selbst meine

eifrigsten Gegner mir nach meiner Erklärung mit erhöhter Wärme die Hand drückten."

Seite 53 Zeile 4 von unten Text lies: Aachen statt Anklam, und als Anmerkung dazu: David Hansemann.

Seite 61 Zeile 12 von oben: Nach einem Briefe vom 2. Februar 1849 (Briefe an die Gattin, S. 123) befand sich Herr von Bismarck am Nachmittag des 2. Februar in Brandenburg, und aus dem Schlusse des Briefes ist zu entnehmen, daß er auch am Abend des 1. in Brandenburg weilte. Der Aufenthalt in Rathenow, den die Zeitungen jener Zeit melden, fällt also wohl in die Vor- oder Nachmittagsstunden. In Brandenburg hielt Bismarck seine Wahlrede am 4. Februar; nach dem Briefe an seine Gattin vom 5. Februar (S. 124) wurde sie „stürmisch beifällig" aufgenommen. „Die Demokraten und Republikaner hörten meine Rede auch mit an, und selbst die Schlimmsten verhielten sich wenigstens ruhig, daß man die Mücken hörte, und einige von ihnen kamen nachher, shake-hands mit mir zu machen."

Seite 71 Zeile 4 von unten Text: Die beiden Verse sind einem Gedicht von Braß entnommen, vgl. Kreuzzeitung vom 24. März 1849 Nr. 70 Beil. Berl. Zuschauer.

Seite 86 Zeile 7 von unten Text lies: und statt nur.

Seite 89 Zeile 19 von unten lies: an Stelle des jetzt Vorhandenen setzen will.

Seite 93 Zeile 7 von oben lies: stehen statt steht.

Seite 96 Zeile 3 von unten Text lies: Mein preußischer Patriotismus und mein antediluvianischer Standpunkt. — Anm. Zeile 3 von oben lies: 2. Mai 1849.

Seite 104 ff. Zur Rede vom 6. September 1849 vgl. Brief Bismarcks an die Gattin vom 7. September 1849 (S. 150): „. . . habe gestern eine stramm preußische Rede gehalten. Das ist eine langweilige Arbeit, die Vorbereitung, die Erwartung, ob man drankommt, das stundenlange Corrigiren der höchst unvollständigen stenographischen Berichte, dann die Rede noch einmal für die Neue Preußische (Zeitung) schreiben, die gehässigen Entstellungen in andern Zeitungen widerlegen u. dergl. Man kommt gar nicht wieder zu Athem von diesem undankbaren Geschäft. Noch schlimmer ist es Hans (v. Kleist-Retzow) gegangen; er hatte sich auf das Sorgfältigste und Gründlichste vorbereitet, und seine Rede gehörte eigentlich zu der meinigen, um das gründlich zu entwickeln, was ich oberflächlich andeutete, da wurde, ehe er zum Sprechen kam, der Schluß votirt, und er mußte seine ganze schöne Rede bei sich behalten. Eben spricht Beckerath als Referent in der deutschen Sache, es steht zu erwarten, daß er meine gestrige Rede angreift, ich muß daher aufpassen."

Seite 117 f. Vgl. Brief Bismarcks an seine Frau vom 7. Sept. 1849 (S. 150 f.): „Wie es mir heut früh als ich Dir schrieb mit dem Schwätzer Beckerath erging, wirst Du in der Zeitung sehn. Ich hatte aber meinen bornirten, gedächtnißlosen Morgen, wegen Erkältung und radicalem Stockschnupfen. Ich vergaß deshalb das Beste, was ich ihm erwidern wollte . . . Von dem gemästeten Kalbe des verlornen Sohns, und die Geschichte von Beckerath und dem Steinschen Antrage, es war unglaublich, wie ich das vergessen konnte, über die Maßen dumm und unwiederbringlich. Aber ich war wie vernagelt. Gott mochte es nicht wollen. Die Gelegenheit, einmal nicht beim Schopf gefaßt, kommt nicht wieder. Das mit dem Steinschen Antrage hätte Beckerath total vernichtet, und ich ärgre mich den ganzen Tag darüber; aber es sollte nicht sein; als ich auf die Tribüne ging, hatte ich die Absicht es zu sagen."

Seite 151 Zeile 9 von oben lies: und (die preußische) Freiheit.

Seite 228 ff. Zu der am 12. April 1850 beginnenden Debatte über die deutsche Verfassungsfrage hatte Herr v. Bismarck eine größere Rede vorbereitet, kam aber weder an diesem noch am folgenden Tage zu Wort, da er unter

62 angemeldeten Rednern die Nr. 44 loste und sich nur bis Nr. 26 herauftauschen konnte. Am 16. April schrieb er der Gattin (S. 176): „Ich bin mit meiner großen Freitagsrede nach aller Vorbereitung nicht zu Wort gekommen, Gerlach auch nicht. Gestern habe ich einige grobe Worte geredet," und am 19. April (S. 177): „Wir haben uns die letzten Tage noch recht tüchtig im Parlament gezankt. Ich bin mit meiner Hauptrede aber weder im Anfang noch nachher zu Wort gekommen, dagegen in kleineren Gefechten habe ich meine Galle etwas erleichtert."

Seite 240 Zeile 3 von unten Text: Die Worte: „Sei ruhig, freundlich' Element" sind Citat aus Goethes Faust I, 5 (Auerbachs Keller).

Seite 243 Zeile 3 von unten Text ergänze nach Antrag: (Triest).

Seite 247 Zeile 11 von oben: zu den Worten „Geister, die verneinen" vgl. Goethe, Faust I 4, Studirzimmer.

Seite 248. Ueber eine beabsichtigte Aeußerung berichtet Bismarcks Brief an die Gattin vom 27. 4. 1850 (S. 181): „Heut ärgerte ich mich wieder, daß ich nicht zu Wort kam; ich hätte dem Schwätzer Beseler gern eins abgegeben, der mit perfiden Wortverdrehungen über unsern geliebten Stahl herfiel, der seine Perlen hier recht vor die Säue wirft."

Seite 265 Zeile 12 von unten Text lies: Bayrhoffer statt Bayrhofer.

Seite 268 Zeile 10 von unten Text: Vgl. dazu die Erklärung Bismarcks in der Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung vom 6. Dec. 1850 Nr. 284: „Zeitungsartikel in gegnerischen Blättern veranlassen mich zu erklären, daß mir bei der in der Kammersitzung vom 3. Dec. gethanen Aeußerung, daß ich „für beide Parteien in Hessen keinen Schuß Pulver verbrennen wolle", nicht der Minister Hassenpflug als die eine dieser Parteien vorgeschwebt hat. Ich schreibe diesem Staatsmanne zwar politische Fehler zu, habe aber keine Veranlassung, geringschätzig von ihm zu sprechen oder zu denken".

von Bismarck-Schönhausen.

Seite 274 Zeile 4 von oben Text lies: gelten statt gelte.

Seite 277 Zeile 7 von oben Text lies: Indépendenza statt Indipendenza. — Zeile 17 von oben Text lies: davor statt dagegen.

Seite 283. Zur Rede vom 7. Februar 1851 vgl. Brief Bismarcks an die Gattin vom 7. Februar 1851 (S. 240): „Hier (d. h. im Briefschreiben) wurde ich unterbrochen, weil ich unerwartet reden mußte, über eine Gemeinheit von Stiehl, die mich fast ärgerte."

Seite 284 Zeile 10 von unten Text lies: was statt welche.

Seite 301 Zeile 7 von oben: zu den Worten „zu seines Nichts durchbohrendem Gefühle" vgl. Schiller, Don Carlos II 1.

Seite 417 Zeile 3 ff. von unten Text: Die Darstellung ist zu berichtigen. Nicht Herr von Bismarck forderte den Freiherrn von Vincke, sondern dieser ließ durch Herrn von Saucken-Julienfelde Herrn von Bismarck fordern. Vgl. den Brief Bismarcks an Frau von Puttkammer vom 4. April 1852 (Briefe Bismarcks an seine Braut und Gattin S. 327 ff.).

Band II (1. Aufl.)[1].

Seite 14 Anm. 1 lies in der Unterschrift des Telegramms: Maurice Henning (ohne Punkt zwischen den Namen). Moritz Henning waren die Vornamen v. Blanckenburgs.

Seite 19 Zeile 23 und 24 von oben lies: 30. September statt November.

Seite 36 Anm. †) lies: StB. Anl. S. 1610 b.

[1]) Die Berichtigungen zu Band II (2. Aufl.) sind dort auf Seite 450 verzeichnet.

Seite 40 Zeile 1 von oben lies: ihrer Unterthanen statt der Unterthanen.
Seite 44 Zeile 8 von unten Text lies: unter Factoren der Gesetzgebung.
Seite 45 Zeile 2 von oben lies: eines Etats pro 1863 statt dieses.
Seite 68 Zeile 9 von unten Text lies: der Pflicht gewissenhafter Beobachtung bestehender Verträge.
Seite 83 Zeile 2 von oben lies: beistimmen statt stimmen.
Seite 85 Zeile 18 von oben lies: vier oder sechs Monaten.
Seite 89 Zeile 3 von unten Text lies: Art. 32 der Verfassung statt 37.
Seite 92 Zeile 17 von oben lies: Vorbedingung statt Vorbedingungen.
Seite 93 Zeile 15 von oben lies: die Stütze statt eine Stütze.
Seite 99 Zeile 17 von unten lies: Festsetzung statt Feststellung.
Seite 100 Zeile 11 von oben lies: Grundlagen statt Einrichtungen.
Seite 106 Zeile 11 von oben lies: was ich glaube gesagt zu haben.
Seite 111 Zeile 20 von oben lies: den Aufstand soweit vorzubereiten.
Seite 118 Zeile 18 von oben lies: Cooperation statt Operation.
Seite 135 Zeile 5 von unten Text lies: Reclamation statt Rectification.
Seite 136 Zeile 12 von unten Text lies: das statt daß.
Seite 137 Zeile 10 von oben lies: glaubte statt glaube.
Seite 140 Zeile 15 von unten streiche: fremde vor diplomatische Verhandlungen.
Seite 143 Zeile 2 von oben streiche: die vor Gefahr.
Seite 145 Zeile 13 von oben lies: zur völlig beliebigen Verwendung. — Zeile 21 von oben lies: von einem Posten.
Seite 148 Zeile 4 von unten Text lies: Reformen statt Vereinbarungen.
Seite 155 Zeile 7 von oben lies: angeführten Thatsachen. — Zeile 9 von oben lies: an das erste preußische Grenzpostamt. — Zeile 10 von oben ergänze nach überhaupt: gern.
Seite 156 Zeile 9 von unten Text lies: Marquis statt Markgraf.
Seite 158 Zeile 30 von oben lies: divos statt vivos.
Seite 172 Zeile 13 von oben lies: geringere statt geringe.
Seite 173 Zeile 4 von oben lies: gegen 6 Stimmen.
Seite 186 Zeile 6 8 von unten Text lies: Gesinnungen.
Seite 188 Zeile 3 von oben lies: eines gesetzlich geordneten Staatshaushalts.
Seite 190 Zeile 9 von oben lies: klargestellt statt klargelegt.
Seite 192 Anm. *) lies: StB. A.H. 1325a.
Seite 207 Zeile 10 von unten Text lies: die revolutionäre Regierung.
Seite 213 Zeile 11 von oben lies: die Mitglieder der vorigen Regierung.
Seite 221 Zeile 12 von unten Text lies: hinreichend statt hinlänglich.
Seite 222 Zeile 11 von oben lies: mit 231 gegen 63 Stimmen.
Seite 236 Zeile 16 von oben ergänze nach Politik: bisher.
Seite 238 Zeile 7 von unten Text lies: Landestheile statt Bundestheile.
Seite 243 Zeile 7 von unten Text lies: Er hat sich aber rc. — Zeile 5 von unten Text lies: mit voller Sicherheit und wiederholt. — Zeile 1 von unten Text lies: der Herr Redner.
Seite 245 Zeile 16 von oben lies: die Zusage statt das Zusagen.
Seite 248 Zeile 6 von oben lies: Staatenwesens statt Staatswesens. — Zeile 7 von unten ergänze nach Kritik: nur.
Seite 255 Zeile 17 von unten lies: Sicherung statt Sicherheit.
Seite 276 Zeile 6 von oben lies: Erbfrage statt Erbfolge.
Seite 296 Zeile 3 von unten Text lies: freie statt freiere.
Seite 305 Zeile 2 von oben lies: Gestaltung statt Gestalt.

Seite 311 Zeile 8 von unten Text ergänze nach „gewesen seien“: Dies ist nicht begründet.
Seite 337 Zeile 7 von oben lies: wie statt denn.
Seite 338 Zeile 4 von oben lies: oder auch nur.
Seite 339 Anm. *) lies: StB. 1049 b.
Seite 352 Zeile 4/3 von unten lies: hinwieder statt hier wieder.
Seite 357 Zeile 19 von oben lies: berühren statt berührt.
Seite 363 Zeile 2 von unten lies: Art. 86 statt 84.
Seite 365 Zeile 19 von oben lies: oder wirklich in Schaden kommen.
Seite 375/376. Die Darstellung der Duellherausforderung Virchows ist nach den Acten zu berichtigen, die ich in dem Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen“ Band II 379 ff. (Nr. 202—219) herausgegeben habe.
Seite 378 Zeile 14 von unten Text lies: diese Ziele statt die Ziele.
Seite 394 Zeile 16 von unten lies: Vorbedingung statt Vorbereitung.
Seite 397 Zeile 20 von oben lies: sofern es durch die individuellen Verhältnisse des preußischen Staates und durch &c.
Seite 401 Zeile 16 von oben lies: Anlauf statt Angriff.
Seite 407 Zeile 3 von oben ergänze nach „gibt“: im Voraus.

Band III.

Seite 112 Zeile 6 von oben lies: seine Sicherstellung statt ihre Sicherstellung.
Seite 171 Zeile 2 von oben lies: uns zu berufen statt sich zu berufen.
Seite 173 Zeile 16 von oben lies: Ansichten statt Ansicht.
Seite 174 Zeile 1 von oben: zu den Worten: „daß der Mensch wirklich mit seinen größeren Zwecken wächst“ vgl. Schiller, Wallensteins Lager, Prolog.
Seite 175 Zeile 17/18 von oben: Zu dem Ausdruck „eisernes Würfelspiel“ vgl. Schiller, Die Schlacht.
Seite 176 Zeile 13 von oben lies: daß sie statt die.
Seite 180 Zeile 5 von unten Text lies: jede von den drei oder vier Regierungen.
Seite 181 Zeile 16 von oben lies: so wie mancher der formalen Gesetzgebung.
Seite 183 Zeile 8 von unten Text lies: und des Bundesrathes.
Seite 289 Zeile 19 von unten lies: Kirchenpaur statt Kirchenpauer.
Seite 320 Zeile 5 von unten Text lies: genommen ist statt sind.
Seite 431 Zeile 4 von unten Text lies: unzulässiger statt unzuverlässiger.

Band IV.

Seite 302 Zeile 18 von oben lies: Festungsanlagen statt Festungsanlangen.
Seite 319 Zeile 7 von oben ergänze nach: in welchem Zeitraum etwa (die Aufnahme Badens erfolgen werde).
Seite 321 Zeile 8 von oben wird zu lesen sein statt: mein bester Freund einer meiner besten Freunde.
Seite 380 Anm. 2. Zur Berichtigung siehe Band X 124 Anm. 1.
Seite 422 Zeile 6 von unten lies: Ems statt Berlin.

Band V.

Seite 56 Zeile 14 von unten Text lies: Landstriche statt Landesstriche.
Seite 60 Zeile 18 von oben lies: Sie statt sie.

Seite 65 Zeile 19 von oben lies: außer der statt aus der.
Seite 110 Anm. 1 lies: Art. 63 statt 106.
Seite 119 Zeile 1 von oben Text lies: Der Ausbruch.
Seite 261 Zeile 8 von oben lies: Bundesgenossen statt Bandesgenossen.
Seite 263 Zeile 6 von unten Text lies: Saurma statt Sauerma.
Seite 283 Zeile 8 von oben streiche vor principiellen: Frage von dieser.
Seite 290/291 lies: Deshalb ist die Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie zur Abstellung dringender Nothstände ... mit einem kürzeren Gesetz ... Abhilfe zunächst versuchen muß. — Redner ist aus der Construction gefallen.
Seite 291 Zeile 10/8 von unten: Das hervorragende Mitglied der Centrumspartei ist Windthorst, der vielgenannte Canonicus in Posen Priester Kozmian, der vielgenannte deutsche Bischof (Zeile 5 von unten) Ketteler von Mainz.
Seite 303 Zeile 3 von unten Text lies: zu einer Wichtigkeit statt mit einer Wichtigkeit.
Seite 337 Zeile 12 von unten Text lies: Handlungen statt Haltungen.
Seite 388 Zeile 9 von unten Text ergänze nach stärker war als „die Rücksicht auf".
Seite 391 Zeile 14 von oben streiche nach Zeugniß: davon.
Seite 401 Zeile 14 von oben lies: Caplanspresse statt Capellanspresse.

Band VI.

Seite 48 Zeile 1 von oben lies: von dieser mir statt von mir dieser.
Seite 116 Zeile 14 von oben. Zu den Worten: Vexilla regis prodeunt (vgl. Rede vom 28. Jan. 1886 Bd. XI 433 Zeile 2 von oben) vgl. „Hamburger Nachrichten" vom 11. Oct. 1896 Nr. 240 M.-A.: „Die Berliner Volkszeitung citirt in einem Artikel über den Fürsten Bismarck und die Maigesetze aus einem Briefe desselben an den Grafen Roon eine Stelle, wo es heißt:

> „Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine factiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen."

Das urgelehrte Berliner Demokratenblatt übersetzt die lateinische Stelle wie folgt:

> „Die Fähnlein des Höllenfürsten rücken an" — der bekannte Anfang eines lateinischen Hymnus.

Die „Volkszeitung" scheint zu den infernalischen Mächten in engeren Beziehungen als zu den himmlischen zu stehen, wenigstens können wir uns ihre Uebersetzung nur so erklären. Fürst Bismarck hat, als er den Brief an den Grafen Roon schrieb und ebenso, als er die darin enthaltenen lateinischen Worte später einmal im Reichstage gebrauchte, sie aus einem Hymnus des Fortunatus citirt, der sich im „Hymnologischen Blüthenstrauß altlateinischer Kirchenpoesien", gesammelt von Dr. H. A. Daniel (Halle, E. Anton, 1840) findet, als „Hymnus de passione Domini", in der neueren Sammlung „Lauda Sion", Auswahl der schönsten lateinischen Kirchenhymnen von K. Simrock, Stuttgart, Cotta, 1868, abgedruckt ist, und dessen Eingang lautet: Vexilla regis prodeunt, fulget crucis mysterium 2c. Wenn die „Volkszeitung" den Vers auf den Höllenfürsten bezieht, so hat sie allerdings insofern Recht, als Dante im 34. Gesang der Hölle die höllischen Heerschaaren mit dem Hymnus: Vexilla regis prodeunt inferni einführt. Der Dichter hat also durch Hinzufügung des inferni seinem Zwecke entsprechend den rex in satanas um-

gewandelt, und wir finden es ganz begreiflich, daß diese Travestie ins Höllische dem Berliner Demokratenblatte und seinem unchristlichen Hasse gegen den Fürsten Bismarck besser zusagt, als der kirchliche Urtext des Fortunatus".[1])

Seite 215 Zeile 1 von unten Text lies: Freydorf statt Freydorff.

Seite 272 Zeile 10 von unten Text lies: einem statt ein.

Seite 277 Zeile 8 von unten Text lies: hätte[1]).

Seite 279 Zeile 2 von unten Anm. 2 lies: Fürst Löwenstein-Wertheim.

Seite 342 Zeile 10 von oben ergänze nach „Blätter": (geschrieben hat, weiß ich nicht). — Zeile 1 von unten Text ergänze nach „führen": (so bedürfen sie doch dazu der Zustimmung des Reichstags).

Seite 343 Zeile 6 von unten Text ergänze vor „gewisser Maßen": (begehen). — Zeile 1 von unten Text ist statt „einsam" besser einzig (allein) zu lesen.

Seite 344 Zeile 13 von oben lies: Es traten.

Seite 348 Zeile 7 von oben lies: Von Tadel und Belehrung in der Schule 2c.

Seite 396 Zeile 15 von unten Text lies: könnte statt könnten.

Seite 467 Zeile 7 von oben lies: vorwirft statt verwirft.

Band VII.

Seite 83 Zeile 8 von unten Text lies: lückenhaft statt lückenweise.

Seite 119 Zeile 2 von unten Text lies: geblieben statt beblieben.

Seite 195 Zeile 19 von oben lies: zu statt zur.

Seite 250 Zeile 5 von oben lies: liegt statt liegen. — Zeile 15 von oben: Die Worte von damals gehören auf die vorangehende Zeile nach: Bestrebungen.

Seite 273 Zeile 1 von oben lies: einem französischen Revanchepolitiker diese Tribüne zugänglich.

Seite 351 Zeile 4 von unten Text lies: welches statt welche.

Band VIII.

Seite 16 Zeile 5 von unten Text lies: nach welchen statt welcher.

Seite 244 Zeile 11 von unten Text lies: Chausseen statt Causseen.

Band IX.

Seite 229 Anm. 2 lies: Mikado statt Taikun.

Seite 362 Zeile 4 von oben ergänze nach Mainz: (heißen).

Seite 416 Anm. 1 lies: VII 290.

Band X.

Seite 7 Zeile 20 von unten lies: Forty-eighth.

Seite 70 Zeile 7 von unten Text lies: Holland statt Holstein.

Seite 194 Zeile 15 von oben lies: hanseatischen statt asiatischen.

Seite 287 Zeile 15 von unten Text lies: den statt deu.

Seite 293 Anm. Zeile 1 von unten lies: Bd. XII Abth. I.

Seite 497 Anm. 1 lies: S. 141 f.

---

[1]) Die Berichtigung stammt in ihrem vollen Wortlaut aus Friedrichsruh.

Band XI.

Seite 14 Zeile 4 von unten Text lies: worden statt werden.

Seite 30 Anm. *) lies: Grundbesitzer statt Grundbesitz.

Seite 40 Zeile 5 von unten Text: Die Sackträger in Danzig heißen Bowken.

Seite 46 Zeile 8 von unten Text ist statt dringender wohl besser drückender zu lesen.

Seite 49 Zeile 4 von oben lies: Bewilligung von statt vom.

Seite 51 Anm. 2 lies: im Vertrauen; Anm. 3 streiche: in erster Linie.

Seite 64 Anm. Zeile 4 von oben lies: am angemessensten statt an angemessensten. — In Anm. 1 würde ‚sine ira et studio‘ besser mit „ohne Voreingenommenheit“ übersetzt sein.

Seite 65 Zeile 2 von oben streiche nach daß: sich. — Anm. 1 lies: S. 84 f.

Seite 103 Zeile 13 von oben lies: als beendigt zu betrachten wäre.

Seite 135 Zeile 9 von unten Text: Zu dem Satze: „Ist einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht“ vgl. Goethe, Faust I, Valentinscene.

Seite 275 Zeile 1 von unten Text lies: leicht statt gleich.

Seite 432 Zeile 2 von unten Text lies: doch statt noch.

Seite 437 Zeile 15 von oben lies: Krotowski statt Krautowski.

Seite 438 Zeile 11 von unten und Seite 439 Zeile 9 von oben lies: Marchwinski statt Marchwicki, desgl. Seite 440 Zeile 18 von oben und Anm. **).

Seite 484 ist die Seitenzahl richtig zu stellen.

Band XII.

Seite 243 Zeile 14 von oben lies: Hernsheim statt Gernsheim.

Seite 254 Zeile 15 von oben lies: Ihren statt ihren.

Seite 286 Zeile 16 von oben lies: Allerhöchstdenselben statt Allerhöchstdemselben.

Seite 318 Zeile 11 von oben lies: Dingen [1]) statt Dingen [2]).

Seite 375 Seitenüberschrift lies: Vorzüge statt Vorgänge.

Seite 454 Zeile 4 von unten Text: zu dem Ausdruck „schaudernd selbst miterfahren“ vgl. Schiller, Piccol. II, 7: „Schaudernd hab ich's selbst erlebt.“

Seite 462 Zeile 6 von unten Text lies: während der statt den.

Seite 539 Zeile 5/4 von unten Text streiche: in den Verhandlungen.

Seite 547 Zeile 7 von unten Text streiche die Bindestriche zwischen Australian Prospecting Syndicate. — Anm. 2 ist als Uebersetzung von Diggers besser: Goldsuchern zu geben.

Seite 669 Zeile 3 von oben lies: konnte er nicht begreifen statt war es ihm unverständlich.

Seite 673 Zeile 8 von oben lies: ne sauraient être statt ne sauraient d'êtres.

Seite 676 Zeile 9 von oben lies: 12. März statt 14. März.

IV.

Facsimile-Beilage:

Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges.

Entwurf
mit eigenhändigen Correcturen des Fürsten Otto von Bismarck.

Zur Erläuterung.

Nachdem ich für den vierten Band der Politischen Reden des Fürsten Bismarck den Entwurf einer kurzen, die wichtigsten Momente zusammenfassenden Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges niedergeschrieben und zum Druck gebracht hatte, wendete ich mich an den Fürsten Bismarck mit der Bitte, die Blätter vor dem Reindruck durchzusehen. Nach einiger Zeit erhielt ich sie mit den Correcturen zurück, die auf den folgenden Blättern in Facsimiledruck wiedergegeben sind. Zum Zwecke einer nochmaligen Durchsicht hatte der Fürst den von ihm durchgearbeiteten Entwurf in der Kanzlei abschreiben lassen und in der Abschrift noch einige Aenderungen und Streichungen angebracht, durch die der Entwurf die Fassung erhielt, in der er Bd. IV 399 ff. abgedruckt ist. Aus dem Vergleiche der letzten Fassung mit dem hier wiedergegebenen corrigirten Entwurf kann jeder ohne Mühe Umfang und Art der weiteren Aenderungen erkennen. Von einer Wiedergabe der zweiten Redaction des Entwurfs mußte wegen der Größe des Formats und der nicht unbedeutenden technischen Schwierigkeiten abgesehen werden. Die beiden werthvollen Originale ließ mir Fürst Bismarck mit der Bemerkung zugehen, daß sie in meinem Eigenthum verbleiben und nicht — wie sonst bei Stücken mit eigenhändigen Bemerkungen gefordert wurde — an die Kanzlei zurückgegeben werden sollten. Die Gedrängtheit der Darstellung, die für die „Einleitungen" eines so umfangreichen Redenwerkes geboten war, fand seine Billigung in einem Briefe vom 1. Dezember 1892, in dem er mir mit Bezug auf den kurz zuvor übersendeten Entwurf schrieb: „Die Vorrede zum vierten Bande werden Sie mit meinen Anmerkungen inzwischen zurückerhalten haben. Es ist kaum möglich, den geschichtlichen Zusammenhang der Ereignisse neben dem Text der Reden mit einiger Genauigkeit zu geben, ohne ein uferloses Wasser zu befahren."

Es erschien mir angezeigt, ein so wichtiges geschichtliches Document der historischen Wissenschaft und den Besitzern der historisch-kritischen Ausgabe der Reden nicht länger vorzuenthalten; es wird die Würdigung finden, die ihm nach Ursprung und Inhalt zukommt.

Leipzig, 25. November 1904.

Horst Kohl.

Der schnelle Sieg Preußens im Kriege mit
steigen zur führenden Macht in Deutschland hatt
hafte Besorgnisse hervorgerufen. Kaiser Napoleon
geschicktes Doppelspiel spielen zu können; er wollt
Sieg Preußens, noch eine gänzliche Niederlage Oes
wohl auch an das Gleichgewicht der Kräfte beid
Entscheidung in die Hand Frankreichs legen mü
hatte ihn betrogen; das preußische Heer, an desse
in Frankreich trotz des dänischen Feldzuges nicht
hatte unter einer genialen Oberleitung in erstau
deutsche Frage zur Lösung gebracht, und da ma
die Möglichkeit einer so schnellen Lösung gar ni
Nichts vorbereitet hatte, um gegebenen Falls mit
dem Sieger Halt zu gebieten, so wurde der Schl
Paris als eine schwere Niederlage der französischen
den. „Rache für Sadowa!" war seitdem das Feld
Straßen der Hauptstadt, wie in den Wandelgäng
den Ministerien, wie im Cabinet des Kaisers wi
Preußen durch die diplomatische Intervention in
vollen Ausnutzung des militärischen Erfolges hin
Mainlinie Deutschland in zwei Theile auseinanderri
der wenig befriedigte; denn die Furcht ließ sich n
Nikolsburger Bestimmungen nicht stark genug sein
des deutschen Volkes nach nationaler Einigung A
Und vor Allem setzte man das größte Mißtrau
Preußens, dessen leitender Minister dem französ
das Geschick, mit dem er den Knoten zu schürzen
Waffen diplomatisch auszubeuten verstand, den B
daß er „ernst" zu nehmen sei. Und bald genug
sich selbst erfahren, welchem Meister der diplom
gegenüber befand. Der Kaiser, um die Zukunft
sorgt, wünschte durch irgend eine Landerwerbung
Wachsthum aufgeregte Eifersucht des französischen

und ließ durch den Grafen Benedetti in Berlin anfragen, wie das preußische Cabinet eine Grenzerweiterung Frankreichs aufnehmen würde. Dem Grafen Bismarck gebot die Klugheit, den französischen Wünschen nicht ein kategorisches Nein entgegenzusetzen, und so begann denn ein diplomatisches Schachspiel, das seines Gleichen in der Geschichte sucht. Alle Versuche, den Bundeskanzler zur Preisgabe deutschen oder belgischen Gebiets zu bewegen, scheiterten an der „dilatorischen" Behandlung, die Graf Bismarck allen Anträgen Frankreichs zu Theil werden ließ. Die Verhandlungen mit Benedetti vollzogen sich stets in den Formen vollendeter Courtoisie, Graf Bismarck hörte entgegenkommend alle Vorschläge an, versprach ihre ~~gewissenhafte~~ Erwägung und wußte ~~dadurch~~ das französische Cabinet in dem Glauben zu erhalten, daß Preußen an und für sich die Nothwendigkeit einer Compensation für Frankreich anerkenne und nur noch nicht über das zur Compensation geeignete Object sich klar sei. Als sich die preußische Regierung aber selbst einem friedlichen Handelsgeschäft, wie dem Verkauf Luxemburgs an Frankreich, widersetzte und die erste Nachricht von dem bevorstehenden Länderschacher mit der Veröffentlichung der zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Südstaaten geschlossenen Bündnisse zu Schutz und Trutz beantwortete, da fiel es dem französischen Kaiser wie Schuppen von den Augen, daß er in Berlin keinerlei Förderung seiner Bestrebungen erwarten durfte. Seitdem war man im Cabinet des Kaisers entschlossen, die durch Preußens wachsenden Einfluß bedrohte Vormachtstellung Frankreichs in Europa gegebenen Falls durch einen Krieg neu zu sichern; ~~nur schade, daß die deutsche Regierung durch ihre correcte Haltung in allen an sie herantretenden politischen Fragen keinen Vorwand zur Störung des Friedens gab. So währte drei Jahre lang ein Friede, der von einem Tag zum andern gefährdet war~~; in Frankreich arbeitete man fieberhaft, die Reorganisation und Verstärkung des Heeres durchzuführen, die man als Voraussetzung eines schnellen Sieges betrachtete, diesseits des Rheins wurden still und geschäftig alle Vorbereitungen getroffen, den kampfeslustigen Gegner gerüstet zu empfangen. Seit dem Herbst des Jahres 1869 war der Krieg gewiß; die durch den französischen Botschafter Gramont in Wien eingeleiteten Verhandlungen über ein französisch-österreichisches Kriegsbündniß, dem unter Bedingungen auch Italien beizutreten bereit war, kamen unter Mitwirkung des österreichischen Erzherzogs Albrecht in Paris im März 1870 zum Abschluß, ~~die Zeit für den Ausbruch des Krieges und das Einrücken der Franzosen in Deutschland wurde genau verabredet, und es handelte~~ sich ~~nun~~ für Frankreich nur noch darum, einen geschickten Vorwand zur Kriegserklärung zu finden. Und das Glück schien den Franzosen günstig zu sein. Plötzlich, mitten im tiefsten Frieden, wenige Tage, nachdem der französische Premierminister Ollivier in der Kammer öffentlich erklärt hatte, daß der Friede nie gesicherter gewesen sei,

als in diesem Augenblicke, ertönte vom jenseitigen
Kriegstrompete und das Kriegsgeschrei eines bis z
geregten Volkes. Was war geschehen, um solche
zurufen? Marschall Prim hatte auf der Suche nach
Spanien, das sich im Bürgerkrieg verzehrte, sein
katholischen Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sig
und bei ihm angefragt, ob er geneigt sein würde
Cortes, als der gesetzlichen Vertretung des Landes,
Der Prinz, dem Hause Napoleons [illegible] näher verwan
zollern in Preußen, hatte nach kurzem Bedenken ein
klärung gegeben und von derselben dem Könige Wil
Chef des Hohenzollernschen Hauses Mittheilung g
gelegenheit, eine rein private des Prinzen, bezw.
rührte nicht im Geringsten die politischen Beziehungen
es dem Prinzen nicht, sich in Spanien zu behaupten
wäre Preußens Kraft dafür eingesetzt worden, ihn
Thron zu befestigen. Das wußte man auch im C
Graf Bismarck hatte schon im Frühjahr 1869, gl
die Candidatur des Prinzen Leopold in die politis
dem Grafen Benedetti gegenüber gar keinen Zweif
daß Preußen die vollste Neutralität in der Frage der
wahl beobachten werde und daß es die Wahl de
Prinzen für diesen selbst als ein Danaergeschenk bet
nahme es nach Pflicht und Gewissen widerrathen w
seine Ansicht befragt würde. Es ist bekannt und b
Wiederholung im Einzelnen, wie schnell die Dinge
zur Entscheidung getrieben wurden. Ministerium un
Hand in Hand, die Leidenschaften des Volkes an d
Gefährdung der Interessen und der Ehre Frankreich
losen preußischen Ehrgeiz zu erhitzen, der einen
auf den Thron Karls V. zu erheben trachte. Statt
Madrid zu richten, forderte man Genugthuung vo
Preußen, um ihn entweder zur Kriegserklärung zu
die Schuld an der Störung des europäischen Fr
wälzen, oder ihn durch Erfüllung der französische
demüthigen und durch die Demüthigung des Kön
Minister eine schwere diplomatische Niederlage zu
und Weise, wie der Minister Gramont die Ding
unerhört und allem diplomatischen Brauche zuwider.
liche König Wilhelms war so groß, daß er auch
losen Zumuthungen, die der französische Minister ih
des Grafen Benedetti stellte, großmüthig hinwegsah
Theile ehrlich bemühte, das Hinderniß für den W
die Candidatur des Hohenzollernschen Prinzen auf

~~schien, aus dem Wege zu räumen. Diese Nachgiebigkeit berührte in den Tuilerien wenig angenehm, und darum war man auch,~~ als die Nachricht von der Abdankung des Prinzen von Hohenzollern in Paris eintraf, ~~keineswegs beruhigt über den friedlichen Verlauf der~~ selbst- ~~geschaffenen Krisis und~~ suchte nach einem neuen Vorwand, die Demüthigung Preußens oder seine Kriegserklärung herbeizuführen. Er schien gefunden in der Forderung eines Entschuldigungsbriefes, den der König von Preußen an den Kaiser richten sollte, um darin das französische Volk durch die Versicherung zu beruhigen, daß niemals wieder der König seine Einwilligung zur Candidatur eines preußischen Prinzen für den spanischen Thron geben werde. ~~So nachgiebig sich König Wilhelm bisher allen Wünschen des französischen Cabinets gezeigt hatte, so ent-~~ schlossen lehnte er die Erfüllung dieses Wunsches ab, aber auch in diesem Momente ließ er sich kein Wort der Kränkung, keine Kriegsdrohung entreißen. Das Einzige, was er that, war, daß er fortan alle persönlichen Unterhandlungen mit dem Botschafter für abgebrochen ~~erklärte und die weiteren Erörterungen auf den diplomatischen Weg verwies.~~

Graf Bismarck hatte sich am 8. Juni 1870 nach Varzin begeben und lebte dort ~~ganz~~ seiner Gesundheit, die durch die vorangegangene parlamentarische Campagne ~~sehr~~ angegriffen war. Auf die ersten Nachrichten von dem Sturm, den die Candidatur des Prinzen **Leopold** in Paris erregt hatte, ließ er in einem Rundschreiben an die Vertreter des Norddeutschen Bundes erklären, daß die preußische Regierung sich bisher jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl und auf deren Annahme oder Ablehnung durch einen der zu Wählenden enthalten habe, sich auch ferner derselben enthalten werde, da sie diese Angelegenheit als eine ausschließlich Spanien und demnächst den gewählten Throncandidaten persönlich angehende jeder Zeit betrachtet und behandelt habe. Als die Kriegsdrohungen immer lauter an das Ohr des Kanzlers schlugen, verließ er am 12. Juli sein pommersches Tusculum, um ~~in Berlin den Ausgang der Krisis zu erwarten. Die~~ Nachgiebigkeit des Königs gegen die französischen Anmaßungen war ihm so schmerzlich, daß er am 12. Juli entschlossen war, seinen Abschied zu nehmen; diese Stimmung herrschte bei ihm auch noch vor, als am 13. Juli ein ~~langes,~~ von Abeken redigirtes Telegramm aus Ems eintraf, das von den letzten Verhandlungen des Königs mit dem Grafen Benedetti und der höflichen Zurückweisung berichtete, die Letzterem von Seiten des Königs zu Theil geworden war. Dieser Depesche, die für Bismarck, Moltke und Roon das Bekenntniß einer von Frankreich erlittenen Demüthigung Preußens und Deutschlands enthielt, gab Graf Bismarck, dem die Redaction derselben für die Oeffentlichkeit überlassen worden war, durch geschickte Streichungen eine solche Fassung, daß das leicht reizbare ~~Temperament der Franzosen~~ daraus ~~nicht einen Sieg,~~

sondern eine schwere Niederlage und empfindliche K
nalen Gefühls lesen konnte. Die Wirkung der D
genden Tage in Paris bekannt wurde, war ungeh
verstärkt durch die Mittheilungen, die man über ein
mit Lord Aug. Loftus, dem Botschafter Großbri
erhielt: ihm hatte Graf Bismarck mit nackten W
gesetzt, daß die Hohenzollernsche Candidatur für Fr
wand gewesen sei, um den Krieg vom Zaune zu
Jahren gesucht habe zur Rache für Königgrätz;
hinzugefügt, daß die deutsche Nation sich kräftig g
Frankreich zu messen, und daß Preußen und Deut
leidigung oder Erniedrigung von Frankreich zu
und, herausgefordert, den Kampf aufnehmen we
Deutschland den Frieden, aber die Fortdauer der
reich zwinge es, irgend eine Sicherheit, irgend ein
dern, daß es nicht einem plötzlichen Angriff aus
wissen, ob nach Erledigung der spanischen Schwi
geheime Absichten zurückblieben. Gäbe Frankreich
sicherung, irgend eine Bürgschaft; sei es in ein
europäischen Mächte, sei es in einer sonstigen amtl
daß es die nunmehrige Lösung der spanischen Fr
gültigen und zufriedenstellenden Ausgleich betrach
Beschwerden erheben wolle, und würde nicht au
Widerruf oder eine hinreichende Erklärung die b
Herzogs von Gramont wieder gut gemacht, so
Regierung sich genöthigt sehen, Aufklärungen von
verlangen. Unmöglich könne Preußen ruhig und
schimpfung hinnehmen, die dem König und der
drohende Sprache der französischen Regierung geba
der Sprache, welche der Minister des Auswärtig
Europa gegen Preußen sich erlaubt habe, würde e
unmöglich sein, mit dem Botschafter Frankreichs irg
zu unterhalten.

Das war wahrlich nicht die Sprache eines B
eines Siegers. Graf Bismarck trat als Kläger g
das den Frieden Europas aus nichtigem Grunde
fertig Gut und Blut zweier großer Völker aufs
mit dem französischen Stolz unverträglich. In der
15. Juli wurde im Rathe des Kaisers der Krieg

[1]) Daß Graf Bismarck sie voraus sah, beweist de
Abend des 13. Juli seinem Gebetbuch anvertraute. De
fügte er in plattdeutscher Sprache die Worte hinzu: „T
kalt Isen!"

wurde er durch die Erklärungen Gramonts im Senat und Olliviers und Gramonts im Gesetzgebenden Körper unvermeidlich gemacht; am 19. Juli überreichte der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Grafen Bismarck die amtliche Note der Kriegserklärung.

Am dem Abend desselben Tages, da Kammer und Gesetzgebender Körper den Anträgen der französischen Regierung zustimmten, kehrte König Wilhelm von Ems nach Berlin zurück, auf der ganzen Reise begleitet von den stürmischen Huldigungen des deutschen Volkes, das in dem König von Preußen sich selbst beleidigt fühlte und durch doppelte Liebe ihn die erfahrene Kränkung vergessen machen wollte. Erst in Brandenburg, wohin ihm Graf Bismarck mit Moltke und Roon entgegengeeilt war, erfuhr er, was am Morgen in Paris geschehen, und war völlig überrascht über die Wendung, die die Dinge genommen hatten. Nun war kein Zweifel mehr, daß Frankreich den Krieg wollte; der deutsche Heerbann mußte aufgeboten, der Reichstag des Norddeutschen Bundes berufen werden, um die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen. In der Nacht vom 15. zum 16. Juli ergingen die nothwendigen Befehle in alle Theile des Norddeutschen Bundes, und gleichzeitig riefen auch die süddeutschen Souveräne ihre Truppen zu den Fahnen ein, um sie den Verträgen von 1866 gemäß unter den Oberbefehl des Norddeutschen Bundesfeldherrn zu stellen.

Am 16. Juli trat der Bundesrath des Norddeutschen Bundes in Berlin zu einer Sitzung zusammen, und in dieser gab Graf Bismarck folgende Darstellung der politischen Lage*):

